



Darmstadt, den 22.05.2022
IG Metall Darmstadt

Resolution der Delegiertenversammlung Darmstadt zum Krieg in der Ukraine

Als Delegierte der IG Metall Darmstadt verurteilen wir den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine.

Die Delegiertenversammlung begrüßt den Aufruf des DGB und die massenhafte Beteiligung an den Großdemos in den vergangenen Wochen zum Stopp des Krieges in der Ukraine. Wir stehen an der Seite der Menschen in der Ukraine. Zugleich solidarisieren wir uns mit all jenen in Russland, die trotz Repressionen des Putin-Regimes für eine Beendigung des Krieges eintreten.

Wir fordern die russische Regierung auf ihre militärischen Handlungen einzustellen, sowie die territoriale Integrität der Ukraine wiederherzustellen und künftig zu respektieren. Das ist die Voraussetzung für Friedensverhandlungen, die in einer neuen, gesamteuropäischen Architektur des Friedens und der Sicherheit münden. Wir verschließen allerdings nicht die Augen davor, dass das russische Regime diesen Weg nicht freiwillig einschlagen wird. Das zeigt sich auch in dem bisherigen Verlauf des Krieges. Daher ist es richtig, dass die EU-Staaten und ihre Partner auf Sanktionen und die politische, wirtschaftliche Unterstützung der Ukraine setzen. Die Sanktionen müssen, sofern es die Lage erfordert und es der Ukraine nützt, auch verschärft werden.

**Herausgegeben von der
IG Metall Darmstadt**

Rheinstraße 50
64283 Darmstadt
Telefon:06151-3667- 0

darmstadt@igmetall.de
www.igmetall-darmstadt.de



Gleichzeitig kritisieren Kolleginnen und Kollegen den Vorschlag im Grundgesetz einen weiteren Haushalt zu verankern, der zusätzliche 100 Milliarden für die Bundeswehr vorsieht. Es bestehen darüber hinaus erhebliche Zweifel ob die Strategie der militärischen Hilfe den Krieg schneller beenden wird.

Die verteidigungspolitische Neuausrichtung der Bundesregierung werden und müssen wir kritisch begleiten. Entscheidend dabei: Das Sondervermögen zur Ausstattung der Bundeswehr bedarf einer demokratischen und parlamentarischen Kontrolle. Und: Eine militärische Friedenssicherung darf nicht zu Lasten des sozialen Friedens erkaufte werden.

Klar ist aber auch: Die wirtschaftlichen Folgen dieser Sanktionspolitik für unsere Gesellschaft müssen durch wirtschaftspolitische Interventionen abgefedert und sozial gerecht gestaltet werden. Neben dieser gerechten Lastenverteilung bedarf es auch eines schnelleren Ausbaus der Erneuerbaren Energien. Die Abhängigkeit von russischen Importen bei fossilen Energieträgern muss so schnell wie möglich beseitigt werden.

Darüber hinaus rufen wir die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten dazu auf, allen Geflüchteten umfassende humanitäre Hilfe und Schutz anzubieten. Die Grenzen müssen für sie weiterhin offenbleiben.

**Herausgegeben von der
IG Metall Darmstadt**

Rheinstraße 50
64283 Darmstadt
Telefon:06151-3667- 0

darmstadt@igmetall.de
www.igmetall-darmstadt.de